Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 2.40 RM., halbmonatlich 1.20 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12200. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 272 | Dresden, Donnerstag den 22. November 1928 | 39. Jahrg.

Lackstiefel und Opanke

Von Hermann Wendel

Die Opanke, rumänisch Opinca geheißen, ist der abgeschlossene, vorn gekrümmte Bundschuh des balkanischen Bauernvolks. Wie überall bilden auch in Rumänien, wo Opincar mit Bauer gleichbedeutend ist, die Opankenträger die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung, aber seit es einen rumänischen Staat gibt, wurde er vom Lackstiefel regiert, von einer dünnen Herrenschicht, von Landbojaren und Bankbojaren, die, als Konservative und Liberale firmierend, einander am Ruder ablösten und ein allerdings ungeschriebenes Parteiprogramm gemeinsam hatten, nämlich den fröhlichen Grundsatz, die Verwaltung lediglich als melkende Kuh zu betrachten. Die Bauernmasse, auf deren Arbeit das ganze Staatsgebäude ruhte, war, von politischen Rechten ausgeschlossen, nur Objekt der Gesetzgebung, geschunden, getreten, geknebelt, geknutet, und wenn der Grimm in planlosen Revolten wie 1907 und 1910 aufflackerte, wurde die Flamme der Verzweiflung rasch in Blut erstickt. So ging es Jahr für Jahr, Jahrzehnt um Jahrzehnt, bis 1916 Rumänien in den Weltkrieg eintrat, der auch ihm zum Geburtshelfer einer Revolution werden sollte.

Dr. Maniu,
der neue rumänische Ministerpräsident, der Führer der Nationalen Bauernpartei.
(Aus der Karikatur.)

Nach einem beliebten Slischer der kommunistischen Presse zwar gab es seitdem kein neues Rumänien, war in dem balkanischen Hohenzollernreich alles beim alten geblieben. Wer aber Augen hatte, zu sehen, erkannte, daß die Triebkraft der Entwicklung auch in den harten Boden der reaktionärsten aller südosteuropäischen Staaten umwendend eingedrungen war. Weltkrieg und Nähe der russischen Revolution erzwangen zwei eingreifende Wandlungen. Einmal mußte, wollte man nicht Bauernaufstände, sondern einen Bauernkrieg vermeiden, der Landhunger der Pachtsklaven gestillt werden; die Agrarreform zerschlug das Latifundium in Parzellen und verschob die sozialen Grundlagen Rumäniens, das, eben noch ein Großgrundbesitzerstaat, jetzt ein Kleinbauernland ist. Aber den Bauern, der im Soldatenkittel für das „Vaterland" blutete, konnte das „Vaterland" auch nicht länger im Pferch der politischen Rechtlosigkeit lassen; die Wahlreform gab allen Staatsbürgern dieselben Rechte, und durch die geöffneten Schleusen des allgemeinen und gleichen Stimmrechts strömten die Massen in die Politik, aus der sie so lange ausgesperrt waren. Alles, was Europa in den letzten Jahren an gegenrevolutionärem Terror und reaktionären Ausschreitungen schaudernd erlebt hat, sind nur die verzweifelten Anstrengungen der alten Machthaber, ihre Stellung, die ihnen schnelle und schamlose Bereicherung gestattete, gegen das neue Rumänien zu behaupten.

Im stürmischsten meldete sich dieses neue Rumänien nicht in der Sozialdemokratie, die nur schwach ist, sondern in der nationalzaranistischen, der Bauernpartei zum Wort, die mit Beginn dieses Jahres die Massen des Landvolks zum Entscheidungskampf gegen das korrupte Regime der Liberalen aufrief. Schon der Kongreß der Partei am 20. Januar war von gewaltigen Versammlungen umrahmt; am 18. März marschierten vierzig- bis fünfzigtausend bewaffnete Unzufriedene, Bauern zumeist, aber auch städtische Proletarier über das Pflaster Bukarests, und am 6. Mai sahen die Heerschau von Alba Julia: hunderttausend Fahnenträger und mehr von einem Willen gelenkt, in militärischer Ordnung, mit Musikkapellen und Fahnen, mit Reiterei, Lastautos und Proviantkolonnen, und der Zorn der unübersehbaren Massen wie in eine mächtige Stichflamme zusammenschießend in dem Schwur, nicht zu ruhen und zu rasten, bis das Zornes- und Schandregiment Bratianus weggefegt sei. Die Clique am Ruder rechnete mit einem Marsch der wimmelnden Scharen gegen Bukarest, aber die Bauern hatten den militärischen Handlangern des Systems nicht den Verstand, in die bereiten Maschinengewehre zu laufen. Sie blieben auf ihre Stunde wartend und ihrer Stunde gewiß, und zum Zeichen dessen, daß auch über das durch Wahlterror und Wahlkorruption zusammengebrachte Parlament der Stab gebrochen sei, kehrten die nationalzaranistischen Abgeordneten der Montagsitzung verächtlich den Rücken.

Die Clique aber unter dem kleinen Bruder des „großen" Vaterlandes tanzte unbekümmert weiter wie bisher; der Korruption wütete der Opanke. Um selber mit dem Löffel tief in den Brei hineinfahren zu können, hatten die Liberalen das ausländische Kapital den Krieg erklärt, aber diese kurzsichtige Taktik rächte sich bald. Der Zinsfuß kletterte auf 26 Prozent, die Bankrotte häuften sich, eine Mißernte verschärfte die Wirtschaftskrise, und böse Not preßte den Massen den Atem ab. Tat nichts, die Clique füllte sich die Taschen, so daß ein Skandal den andern hetzte. „Man stiehlt", stellte unser Bukarester Parteiblatt fest, „in der Armee, man stiehlt in der Schule, man stiehlt in der Kirche, man stiehlt bei der Eisenbahn, bei der Post, in allen Ministerien, in allen staatlichen Aemtern. Man stiehlt überall." In einer Schlammflut mußte diese Herrschaft ersticken.

Wenn im Lande selbst eine freche Zensur die Wahrheit dem Volke vorenthielt, dem Ausland war damit kein Sand in die Augen zu streuen, und das internationale Kapital, hellhörig und scharfsinnig, wie es ist, scheute sich, die von Vintila Bratianu zur Leistabilisierung benötigten Millionen in diesen Sumpf hineinzuwerfen. Als nach vielem Hängen und Würgen die Anleihe endlich doch unter Dach und Fach kommen zu wollen schien, bedeuteten die Beherrscher des Londoner Finanzmarktes dem Regentschaftsrat, der den König, einen siebenjährigen Hosenmatz „von Gottes Gnaden" vertritt, daß das Regime der Liberalen allein keine genügende Bürgschaft biete. Wenn daraufhin Bratianu zurücktrat, um einem Konzentrationskabinett, natürlich unter seiner Leitung oder Mitwirkung, Platz zu machen, wich er zwar dem Druck des ausländischen Kapitals, aber die Agrardemokratie durfte den Erfolg für sich buchen, denn ohne die Bauernmassen, die, eine stumme, doch drohende Front, im Hintergrund standen, wäre dieser Druck ausgeblieben. Sie bewirkten auch, daß die Dinge, nachdem sie einmal im Rutschen waren, bald ins Purzeln kamen. Halbheiten und Zwischenlösungen, Koalitionskabinette mit und ohne Liberale, neutrale Beamtenregierungen — alles erwies sich angesichts der Erregung des Landvolks als unmöglich. Zum erstenmal in der Geschichte des rumänischen Staates setzte sich die öffentliche Meinung, der politische Wille der Massen unwiderstehlich durch: der Regentschaftsrat mußte in den sauren Apfel beißen und dem Führer der Bauernpartei, Dr. Maniu, die Zügel überlassen. **Mit seinem nur aus Nationalzaranisten gebildeten Kabinett** hat Rumänien **zum erstenmal** eine Regierung, hinter der statt der Ausbeutungsgier einer kleinen Clique das Vertrauen der breiten Massen steht. Der Marsch von Alba Julia nach Bukarest ist am Ziel!

Aber um in der Chronik Rumäniens ein neues Buch zu beginnen, dessen Titelseite in großen Buchstaben die Aufschrift Demokratie trägt, muß gründlich ausgemistet werden. Dazu dient die Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes sowie die Ausfegung der Aemter als Auftakt zu wirklich freien Parlamentswahlen, die auf den 12. Dezember angesetzt sind und das Kabinett Maniu solid untermauern werden.

Das neue Rumänien marschiert — in Opanken!

•

Maniu nimmt die Fesseln ab

Bukarest, 20. November. Der Regentschaftsrat unterzeichnete heute den vom Ministerpräsidenten Maniu vorgelegten Erlaß, durch den bereits von heute an im ganzen Lande die Preßzensur beseitigt und der Belagerungszustand in allen Bezirken, in denen er durch frühere Erlasse verhängt worden war, aufgehoben wird, mit alleiniger Ausnahme einer Zone an der Grenze von zehn bis fünfzehn Kilometer Breite, wo er als Uebergangsmaßnahme bestehen bleibt.

*

Das Abkommen mit Deutschland

Die Regierung Maniu steht jetzt vor ihrer heikelsten Aufgabe: die rumänische Währung endlich zu stabilisieren. Hiervon wird nicht zuletzt ihre Popularität und ihre Machtposition abhängen. Einen günstigen Auftakt für das neue Kabinett bildet zweifellos das deutsch-rumänische Abkommen, das endlich den Konflikt zwischen Berlin und Bukarest erledigt und das Rumänien 75 Millionen Mark sichert, wofür das noch nicht liquidierte deutsche Eigentum freigegeben wird und auf weitere Beschlagnahme deutschen Vermögens verzichtet wird. Damit ist auch der Weg frei geworden für die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen, die ihrerseits als der Beginn einer neuen Aera der deutsch-rumänischen Beziehungen angesehen werden.

Was uns fehlt!

Gedenket der „Königlich Sächsischen Armee"!

Der herrschende Novembersturm hat uns ein interessantes Dokument zugeweht, das, weil es geheim gehalten werden sollte, die Oeffentlichkeit um so mehr interessiert. Aus dem Schriftstück geht folgendes hervor: **Für die ehemalige Königliche Sächsische Armee soll auf dem Truppenübungsplatz Königsbrück ein Gedenkstein errichtet werden.** Die Anregung dazu hat Generalleutnant Wöllwarth, Befehlshaber im Wehrkreis IV der Reichswehr, gegeben, der auch die erforderlichen Vorarbeiten übernommen hat. Hand in Hand mit ihm arbeiten der Deutsche Offiziersbund, der Verband Sächsischer Offiziersvereine, der Nationalverband Deutscher Offiziere, der Reichsoffizierbund und der Sächsische Militärvereinsbund. Nach einer gemeinsamen Auskundschaftung eines geeigneten Platzes hat man sich auf **einen Platz in der Straßengabelung Königsbrück—Schmorkau und Königsbrück—Zietsch** geeinigt unter Berücksichtigung folgender Forderungen: **Beim Denkmal muß Raum für Versammlung größerer Massen sein; das Denkmal soll möglichst so stehen, daß es nicht bloß von der Truppe, sondern auch von der Oeffentlichkeit gesehen wird, es soll deshalb an einer verkehrsreichen Straße am Rande des Truppenübungsplatzes errichtet werden. Der Zweck des Denkmals soll u. a. sein, die Erinnerung wachzuhalten, daß es vor dem Kriege eine Königlich Sächsische Armee gab.** Errichtet soll es nicht nur von den Angehörigen des alten Heeres, sondern auch von denen des jungen Reichsheeres werden. Die Kosten betragen 7500 M., wovon die Offiziersverbände und der Militärvereinsbund je 3500 M. und die **Sächsischen Teile der Reichswehr durch Generalleutnant Wöllwarth 500 M. übernommen** haben. Auf besonderen Wunsch des Reichsheeres soll der Plan für die Errichtung des Denkmals keinesfalls in der Presse bekannt werden. Dies wird allen beteiligten Verbänden besonders ans Herz gelegt.

Das ist der wortgetreue Sinn des uns zugewehten Schriftstückes. Man kann sich leicht den eigentlichen Zweck des Denkmals vorstellen: Den monarchistischen Offizieren und dem „Stahlhelm", der diesen Staat haßt, wie kürzlich ein Führer sagte, Gelegenheit zu geben, Brandreden gegen die Republik zu halten und unter dem üblichen Heldengestammel zu einem neuen Kriege aufzuhetzen. **Und dazu gibt die republikanische Reichswehr nicht nur den Platz, sondern auch noch Geld her.** So sieht unser Volksheer aus! Wie übrigens aus dem Schriftstück noch hervorgeht, hat Generalleutnant Wöllwarth den Wunsch ausgesprochen, daß noch vor seinem Ausscheiden am 1. Januar 1929 die **Verhältnisse so festliegen, daß künftige Aenderungen nicht mehr in Frage kommen.** Wir freuen uns, diesen Wunsch der Oeffentlichkeit übergeben zu können und ihr außerdem einen Blick hinter die Kulissen der republikanischen Reichswehr gestattet zu haben.

Zersetzung in der KPD.

„Auf dem Wege ins Verderben"

D. Die innere Zersetzung der Kommunistischen Partei nimmt trotz dem lärmenden Gebaren der Thälmann-Gruppe immer groteskere Formen an. Aus dem geheimen Briefmaterial, das die in der Presse zur Schweigsamkeit verurteilten „Rechten" und „Versöhnler" zur Information der Parteimitglieder verbreiten, erhalten wir auch den Wortlaut einer Erklärung, die auf der sogenannten „Reichsparteiarbeiterkonferenz" Anfang dieses Monats von einem Teil der öffentlich Verfehmten abgegeben worden ist. In dieser Erklärung heißt es:

„Die Parteiführung hat alle Grundlagen der Parteidisziplin mutwillig zerstört. Sie hat statt des durch die Statuten vorgeschriebenen demokratischen Zentralismus das System eines bureaukratisch entarteten Zentralismus aufgerichtet. Sie hat die Mitglieder politisch entmündigt, sie hat die politischen Auseinandersetzungen in der Partei durch einen Cliquenkampf in der Führung ersetzt. Die Mehrheit des ZK., auf der die Verantwortung für eine falsche, den Interessen der Partei widersprechende Politik und für die Duldung der Korruption lastet, arbeitet mit rein fraktionellen Methoden, um die Kritik der Mitglieder zu ersticken, um die Herrschaft des unkontrollierten Apparates aufrechtzuerhalten. Keine Stimme der Kritik wird geduldet, Beschlüsse von Organisationen, die sich gegen dieses System richten, werden in der Presse unterschlagen. Diejenigen, die für die Gesundung und Rettung der Partei und für Beseitigung dieser unhaltbaren Zustände eintreten, werden mit Verleumdungen überschüttet. Dieses ZK., das alle statutarischen Rechte der Mitglieder mißachtet, dieses ZK., das seine Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern gröblich verletzt, ist das größte Hindernis der wirklich revolutionären Disziplin in der Partei ... Der falsche allgemein-politische und innerparteiliche Kurs führt die Partei ins Verderben. Wir werden mit allen Mitteln für die Rettung der Partei kämpfen, ... denn es geht in dieser Auseinandersetzung um die Grundlage einer richtigen kommunistischen Politik in Deutschland, und die einzig wirksame Hilfe für die russische Revolution besteht nicht in der hohlen Deklamation ..."

Die Unterzeichner dieser Erklärung sind u. a. Paul Böttcher, Leipzig, Hans Tittel, Jena, und Kurt Lehmann, Jena. Sie kündigen zugleich an, daß sie gegen die Vergewaltigungspraktiken der Zentrale den Weg der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19281122/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG